

**Protokoll
über die 34. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 16.11.2006**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:30 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Die Linkspartei.PDS

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

ordentliche Mitglieder

Bemann, Annegret SPD
Brill, Anna Die Linkspartei.PDS
Nagel, Cornelia BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Woywode, Robert CDU bis zum TOP 6

stellvertretende Mitglieder

Hubert, Rudolf bis zum TOP 6
Leppin, Patricia Unabhängige Bürger
Marksteiner, Klaus Die Linkspartei.PDS
Meslien, Daniel SPD
Schulz, Andreas Die Linkspartei.PDS

beratende Mitglieder

Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Block, Steffen
Borchardt, Detlef
Junghans, Hermann
Meer, Ludger
Petznick, Bärbel
Rühmer, Ursula

Selke, Achim
Vogt, Monika

Schriftführer
Winter, Annika

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Annika Winter

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 33. Sitzung (Sondersitzung) vom 26.10.2006 (öffentlicher Teil)
3. Beratung zum Haushaltsplan-Entwurf 2007
- 3.1. Änderungsantrag zum Verwaltungshaushalt für den Haushaltsplan-Entwurf 2007 (Haushaltskonsolidierung)
4. Änderungen der Richtlinien Behindertenfahrdienst
5. Mitteilungen der Verwaltung
6. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II
7. Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
- 7.1. Sicherung Fortbestand des Zukunftswerkstatt Schwerin e.V.
Vorlage: 01306/2006
- 7.2. Kostenfreies Mittagessen für Schweriner Grundschüler
Vorlage: 01316/2006

- 8. Anträge aus der Stadtvertretung (öffentlich)

- 8.1. Studie zur Kinderarmut in der Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 01350/2006

- 9. Sonstiges

- 9.1. Gestaltung der Sitzung am 14. Dezember 2006

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 34. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, sowie die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Zur Tagesordnung schlägt die Verwaltung vor, den Tagesordnungspunkt 3.1 zu streichen, da sich dieser durch den Änderungsantrag und den Beschluss in der Stadtvertretung am 13. November 2006 (TOP 16, Fahrpreiserhöhung des NVS zum 01.012007) erledigt hat.

Weiterhin wird vorgeschlagen, die Beratung und Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 4 in der Sitzung am 14. Dezember 2006 vorzunehmen. Die Richtlinie Behindertenfahrdienst wird am 17. November 2006 als Entwurf an die Ausschussmitglieder versandt.

Die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes 7.2 Kostenfreies Mittagessen für Schweriner Grundschüler (Ds. 01316/2006) wird vorgeschlagen, dabei soll die abschließende Beratung und Beschlussfassung der Vorlage aus der Sitzung vom 26. Oktober 2006 erfolgen, sowie die Beratung und Beschlussfassung zum Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linkspartei.PDS.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen der veränderten Tagesordnung einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 33. Sitzung (Sondersitzung) vom 26.10.2006 (öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Zu 8.1:

Frau Bemann erklärt, dass sie als Vertreterin der SPD-Fraktion den Antrag zum kostenfreien Mittagessen für Schweriner Grundschüler in der Sitzung am 26. Oktober 2006 zurückgezogen hat, damit er „neu modifiziert“ werden kann.

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird mit einer Ergänzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3 Beratung zum Haushaltsplan-Entwurf 2007

Bemerkungen:

Der Haushalt 2007 wurde in der Sitzung am 12. Oktober 2006 präsentiert. Die Abteilungsleiterinnen und - Leiter stellten die einzelnen Budgets vor und beantworteten Fragen hierzu.

Es wird seitens der Verwaltung ausgeführt, dass ein unausgeglichener Haushalt nach der Kommunalverfassung MV ein Haushaltskonsolidierungskonzept (Hako) erfordere. Dieses wurde durch die Verwaltung noch nicht vorgestellt. Nach verwaltungsinternen Beratungen werden auf der Basis des Haushaltsplanentwurfes 2007 alle Budgets, ausgenommen das Sonderbudget Personal, um 5 % pauschal in der Ausgabe gekürzt. Da eine haushaltsstellengenaue Umsetzung verbunden mit der notwendigen politischen Debatte bis zur Dezembersitzung der Stadtvertretung zeitlich nicht mehr umgesetzt werden kann, werden die Budgets auf der Grundlage der Ansätze des Entwurfes zunächst mit 5 % gesperrt.

Einige Ausschussmitglieder fragen nach, ob diese Regelung Auswirkung auf die finanziellen Zuwendungen an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege als Träger sozialer Leistungen haben wird. Hierzu teilt die Verwaltung mit, dass es sich dabei um Ausgabeansätze handelt, welche in der 14. Sitzung der Stadtvertretung am 12. Dezember 2005 für den Haushalt 2006 und 2007 beschlossen wurde (Anlage 1). Die Höhe der Ausgaben (Fördermittel) ist somit auch für das Haushaltsjahr 2007 festgelegt und durch die verfügte Sperre nicht betroffen.

Beschluss:

Der Ausschuss vertritt die Auffassung, dass er nur über ihm bekannte Tatsachen bzw. Ansätze beschließen kann.

Daher stimmt er ausdrücklich nur den bekannten Ansätzen des Budgets 50 zu. Sollte sich unterjährig ergeben, dass die Ansätze nicht ausreichen, fordert der Ausschuss die Bereitstellung überplanmäßiger Ausgaben bzw. den Beschluss eines Nachtragshaushaltes.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 3.1 Änderungsantrag zum Verwaltungshaushalt für den Haushaltsplan-Entwurf 2007 (Haushaltskonsolidierung)

Bemerkungen:

Der Antrag hat sich durch den Änderungsantrag und den Beschluss in der Stadtvertretung zum Tagesordnungspunkt 16 „Fahrpreiserhöhung des NVS zum 01. Januar 2007“ am 13. November 2006 erledigt.

zu 4 Änderungen der Richtlinien Behindertenfahrdienst

Bemerkungen:

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt. Die Beratung und Beschlussfassung erfolgt in der Sitzung am 14. Dezember 2006. Die Richtlinie Behindertenfahrdienst wird im Entwurf am 17. November 2006 an alle Ausschussmitglieder versandt.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

1. Verwaltungsmodernisierung

Die Verwaltung führt aus, dass § 54 Funktional- und Kreisstrukturreformgesetz MV die Möglichkeit der Option für die Aufgaben der Sozialhilfe eröffne, also der Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII). Die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) werden zwingend auf den neuen Großkreis übergehen, ebenso wie verschiedene andere Aufgaben aus dem Sozialbereich. Dabei werde grundsätzlich das Personal der Aufgabe folgen. Voraussichtlich Im Januar 2007 wird dem Ausschuss für Soziales und Wohnen ein Sachstandsbericht gegeben.

2. Fragen der SPD-Fraktion

Die SPD-Stadtfraktion bat in der 32. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 12. Oktober 2006 um die Beantwortung von Fragen im Zusammenhang mit den Regeln für die Leistungen für Unterkunft und Heizung. Die Fragen und deren Beantwortung sind als Anlage 2 beigelegt.

Die Zusatzfragen zur örtlichen Lage und zur durchschnittlichen Größe der in der Antwort zur Frage 2 genannten 120 freien Wohnungen der WGS werden in der nächsten Sitzung beantwortet.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Bemerkungen:

1. Zielplanung 2007

Am 15. November 2007 hat die Trägerversammlung die Zielplanung für das Jahr 2007 beschlossen.

Grundlage für den Planungsprozess sind die Ergebnisse des Controllingberichtes vom August 2006 sowie die Rahmenbedingungen und Zielerwartungen des SGB II-Planungsbriefes 2007 der BA.

Die Ziele im Bereich der Passivleistungen und der Integrationen wurden genannt:

a) Passivleistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld)

Für das Jahr 2007 werden passive Leistungen in Höhe von 45,408 Mio. Euro geplant. Im Jahr 2006 werden die Passivleistungen voraussichtlich 44,144 Mio. Euro betragen. Dies entspricht einer Erhöhung im Gegensatz im Jahr 2007 um 2,93 %.

b) Integrationen

Der Indikator Integrationen bildet den Anteil der Kunden ab, die im Berichtszeitraum in eine Erwerbstätigkeit oder Ausbildung integriert wurden, gemessen an der Zahl aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen.

Integrationen (gesamt, einschließlich unter 25 Jährige)

Im Jahr 2006 wird voraussichtlich eine Integrationsquote von 14,8 % erreicht. Für das Jahr 2007 ist eine Integrationsquote von 15,8 % geplant, was einer Steigerung der Quote um 7,9 % entspricht.

Integrationen unter 25 Jährige

Im Jahr 2006 wird voraussichtlich eine Integrationsquote von 20,5 % erreicht, das heißt von 3577 Kunden werden 735 integriert. Für das Jahr 2007 ist eine Integrationsquote von 21,5 % geplant, was eine Steigerung der Quote um 9,8 % bedeutet.

Frau Leppin bittet hierzu um die Beantwortung folgender Fragen:

Wie hoch ist die Integrationsquote im Oktober 2006?

Wie viele Jugendliche unter 25 Jahren haben noch keinen Ausbildungsplatz?

2. Arbeitsgelegenheiten

Frau Nagel bittet um eine Übersicht der Träger von Arbeitsgelegenheiten im Bereich Ausbildung. Worin liegen die Ausbildungsschwerpunkte? Wie sind die Projekte angelegt?

Hintergrund ist die Vermutung, dass es Träger gibt, welche die Jugendlichen vermehrt sich selbst überlassen.

Die Verwaltung bittet dringend, dass bei solchen Vermutungen Hinweise an die ARGE und das Amt für Soziales und Wohnen ergehen sollten.

Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

zu 7 **Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)**

zu 7.1 **Sicherung Fortbestand des Zukunftswerkstatt Schwerin e.V.**
Vorlage: 01306/2006

Bemerkungen:

Die Vereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Schwerin und dem Verein Beschäftigungsförderungsgesellschaft Zukunftswerkstatt Schwerin e.V. zur Betreuung und Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen im Bereich der Stadtverwaltung, insbesondere von Arbeitsgelegenheiten im Sinne des § 16 Abs. 3 Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) liegt den Ausschussmitgliedern vor. Auf Nachfrage, ob der modifizierte Vorschlag des Vorstandes der Zukunftswerkstatt eingearbeitet worden sei, antwortet die Verwaltung, dass die Beschlusslage der Abstimmung zwischen der Zukunftswerkstatt und der Verwaltung im März 2006 entspreche und ihr ein modifizierter Vorschlag nicht vorläge.

Beschluss:

Mit der Kenntnisnahme sieht der Ausschuss den Beschluss der Stadtvertretung vom 17. Oktober 2005 (Ds. 00531/2005) als abgearbeitet an.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 7.2 **Kostenfreies Mittagessen für Schweriner Grundschüler**
Vorlage: 01316/2006

Bemerkungen:

Der Antrag zum kostenfreien Mittagessen für Schweriner Grundschüler (Ds. 01316/2006) wurde in der Sitzung am 26. Oktober 2006 zurückgezogen, damit er modifiziert werden kann.

Der Änderungsantrag, eingebracht durch die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linkspartei.PDS, wird durch die Antragsteller vorgelegt. Über diesen ist zu beraten und zu beschließen.

Der Beschlussvorschlag lautet wie folgt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ab dem Schuljahr 2007/2008 den Kindern an öffentlichen Grundschulen, die als volle Halbtagschulen geführt werden, ein kostenfreies Mittagessen zur Verfügung zu stellen.

Die Mehrausgaben für das Jahr 2007 in Höhe von ca. 66.456 Euro sind durch Umschichtungen im Verwaltungshaushalt zu decken. Der Finanzausschuss wird gebeten einen Deckungsvorschlag zu benennen.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, finanzielle Unterstützung beim Land für dieses Vorhaben einzuwerben, ggf. im Rahmen eines Modellprojektes.

Im Rahmen einer zu erarbeitenden Studie zur Kinderarmut ist zu untersuchen,

wie viele Kinder aus finanziellen Gründen mittags keine vollwertige Mahlzeit bekommen.

Die Verwaltung führt aus, dass auch in dem Beschlussvorschlag des Änderungsantrages der Deckungsvorschlag nur vage formuliert sei. Herr Prof. Dr. Klammt weist darauf hin, dass bei Zustimmung zu diesem Antrag eine Grundsatzentscheidung mit Konsequenzen getroffen würde. Auch wenn in 2007 Mehrausgaben in Höhe von 66.456 Euro entstünden, so sei doch mit erheblichen Folgekosten zu rechnen. Hinzu käme die Problematik der Gleichbehandlung, denn auch an anderen öffentlichen Schulen gebe es bedürftige Kinder. Unbedingt solle jedoch ein Antragsverfahren eingeführt werden.

Herr Meslien (SPD) führt aus, dass es sich um jährliche Folgekosten in Höhe von 171.000 Euro handeln würde.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ab dem Schuljahr 2007/2008 den Kindern an öffentlichen Grundschulen, die als volle Halbtagschulen geführt werden, ein kostenfreies Mittagessen zur Verfügung zu stellen.

Die Mehrausgaben für das Jahr 2007 in Höhe von ca. 66.456 Euro sind durch Umschichtungen im Verwaltungshaushalt zu decken. Der Finanzausschuss wird gebeten einen Deckungsvorschlag zu benennen.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, finanzielle Unterstützung beim Land für dieses Vorhaben einzuwerben, ggf. im Rahmen eines Modellprojektes.

Im Rahmen einer zu erarbeitenden Studie zur Kinderarmut ist zu untersuchen, wie viele Kinder aus finanziellen Gründen mittags keine vollwertige Mahlzeit bekommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0

zu 8 Anträge aus der Stadtvertretung (öffentlich)

zu 8.1 Studie zur Kinderarmut in der Landeshauptstadt Schwerin Vorlage: 01350/2006

Bemerkungen:

Der Tagesordnungspunkt 8.1. „Studie zur Kinderarmut in der Landeshauptstadt Schwerin“, ein Antrag der Fraktion Die Linkspartei.PDS, wird zurückgestellt. Eine Konzeption konnte seitens des Antragstellers noch nicht fertiggestellt werden.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 9 Sonstiges

zu 9.1 Gestaltung der Sitzung am 14. Dezember 2006

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende bittet um rege Teilnahme aller Ausschussmitglieder, Stellvertreter und beratenden Mitglieder an der letzten Sitzung des Jahres 2006. Frau Dr. Bank informiert, dass Sie urlaubsbedingt verhindert sein wird.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende/r

gez. Annika Winter

Protokollführer